

**PRESSE-
KONFERENZ**
10.11.2021

APRÈS-SKI VOR BILDUNGSCHANCEN!?

Die Wintersaison soll gerettet werden, auf Kinder, Jugendliche und ihre Bildungschancen wird wieder vergessen. Bildung muss endlich Priorität werden, auch budgetär.

ILKIM ERDOST

Bereichsleiterin, AK Wien, Bildung, Konsument:innen, Wien



Angesichts der bevorstehenden Entscheidungen, wie in Schulen auf die hohen Infektionszahlen reagiert wird, appelliert die Arbeiterkammer, Familien und Schulen dringend zu entlasten und ihnen ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Das ist auch besonders im Hinblick auf die ohnehin weit offene Lernlücke dringend notwendig. Der aktuell vorgelegte Budgetentwurf wird diesen Anforderungen allerdings keinesfalls gerecht. Kinder und Jugendliche und ihr Umfeld sind offenbar im Gegensatz zur Schisaison immer noch keine Priorität. Die Arbeiterkammer fordert daher nichts weniger als Kinder und Jugendliche endlich an die oberste Stelle der politischen Tagesordnung zu stellen. Auch die hohe Belastung von Kindern und Jugendlichen, von ihren Eltern und Lehrkräften in der Pandemie geht weiter. Viele Familien müssen während der hohen Infektionslage Quarantänezeiten meistern und machen sich Sorgen um die Gesundheit und Bildungschancen ihrer Kinder. Pädagog:innen, ob in der Elementarbildung oder den Schulen, möchten sich um die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen kümmern und ihre Entwicklung fördern, sind aktuell mit Administration rund um die COVID-Maßnahmen ausgelastet. Für all das fehlt Geld – und eine Besserung ist nicht in Sicht.

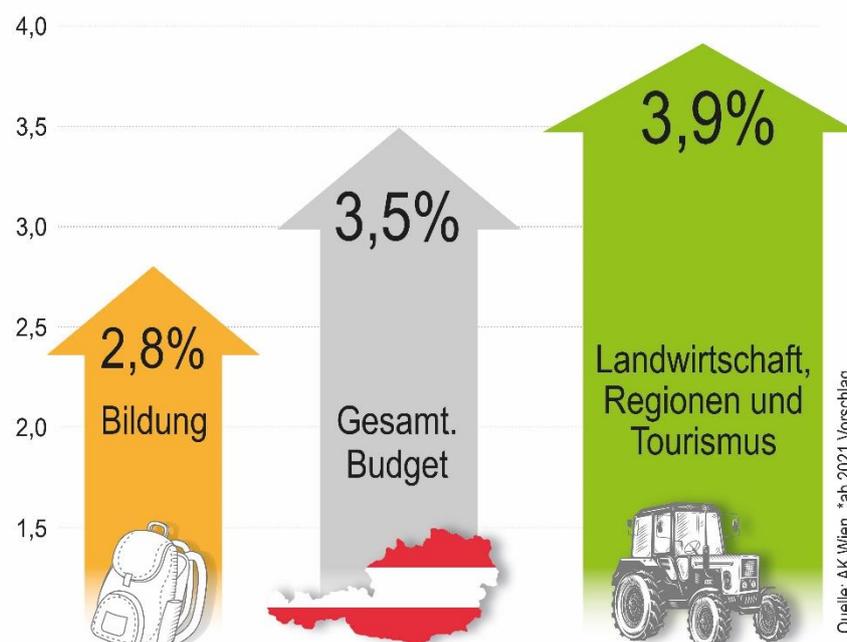
Schon im schulischen Normalbetrieb waren die Bildungschancen in Österreich ungerecht verteilt. Die Corona-Einschränkungen haben diesen Systemfehler massiv verschärft. Mehr denn je, brauchen Kinder und Jugendliche Unterstützung beim Lernen und verstärkte sozial-psychologische Hilfe. Doch die typische Halbtagschule in Österreich ist nicht so ausgestattet, um Kindern diese Unterstützung und Hilfe zu leisten. Ein Blick auf das Budget verrät: Auch künftig ist nicht geplant, dass es hier zu Änderungen kommt.

Bildung muss Priorität werden, auch budgetär

Im aktuellen Budgetentwurf müssen bildungspolitische Maßnahmen mit der Lupe gesucht werden. Zwar sieht das Bildungsbudget für das nächste Finanzjahr Mittel für die COVID-19 Krisenbewältigung vor, doch der Großteil ist ausschließlich für wichtige Gesundheitsschutzmaßnahmen/ Antigen- und PCR-Tests reserviert. Damit bleiben fürs Finanzjahr 2022 lediglich rund 66 Mio Euro für ein Förderstundenpaket - das entspricht 2 Stunden pro Schulklasse und Woche. Ab 2023 ist das Förderstundenpaket nicht mehr vorgesehen.

Schlechtes Zeugnis für Bildungsbudget

Durchschnittliches jährliches Budget-Plus 2019-2025* in %



Besonders markant: Auch ein Vergleich zum Gesamtbudget sowie zu anderen Budgetbereichen macht einigermaßen ratlos und zeigt leider, dass Bildung keine Priorität dieser Bundesregierung ist. Während die durchschnittlichen Wachstumsraten pro Jahr im Gesamtbudget im Zeitraum 2019 bis 2025 bei 3,5 Prozent liegen, steigt das Bildungsbudget im gleichen Zeitraum durchschnittlich jährlich um nur 2,8 Prozent. Verglichen dazu beträgt das durchschnittliche jährliche Wachstum zum Beispiel im Bereich der Landwirtschaft, Regionen und Tourismus etwa 3,9 Prozent. Der Anteil an bundesweiten Zukunftsausgaben in Bildung sinkt damit. „In den vergangenen Tagen haben wir von Seiten der Regierung gehört: Die Wintersaison muss oberste Priorität haben. Sind offene Schischulen und Apres-Ski wichtiger als Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen?“

Eckpunkte des Bildungsbudgets

1. **Auszahlungen insgesamt:** 2022 sind Auszahlungen von 10,2 Mrd Euro vorgesehen und betragen damit 2,4 % des BIP.
2. **Größter Anteil der Auszahlungen:** Den größten Anteil der Auszahlungen für Bildung – im Jahr 2022 ca. 86 % – bilden jene für Schulen einschließlich Lehrpersonal. Die budgetierten Auszahlungen für die Schulen steigen 2022 gegenüber dem Erfolg 2020 um 7,1 % an (ohne Mittel für COVID-19 Krisenbewältigung). Die Steigerung ergibt sich u.a. aus dem Personalaufwand (Gehaltssteigerungen, Vorrückungen, etc)
3. **COVID-19 Krisenbewältigung:** Für das Finanzjahr 2022 sind 306,4 Mio Euro vorgesehen - insbesondere für Gesundheitsschutzmaßnahmen, wie die Beschaffung von Antigen- und PCR-Tests (238 Mio Euro). Ebenfalls daraus bezahlt: 65,6 Mio Euro für das Förderstundenpaket (2 Stunden/Klasse/Woche), welches ab dem Finanzjahr 2023 nicht mehr budgetiert ist.
4. **Budgetäre Schwerpunkte und Maßnahmen der Bundesregierung:** In der laufenden Finanzrahmenperiode 2022-2025 werden insgesamt rund 33 Mrd Euro für budgetäre Schwerpunkte der Bundesregierung wirksam. Für die Bildung sind bis 2025 (!) nur rund 72,2 Mio Euro vorgesehen (0,22% des Gesamtbudgets für Schwerpunkte). Vorgesehen sind die Mittel für das Projekt „100 Schulen“, den Ausbau der psychosozialen Unterstützung, sowie die Förderung außerordentlicher Schülerinnen und Schüler, die Sommerschule 2022 sowie für die Erhöhung der Schülerbeihilfen.

Während ab 2024 Unternehmen großzügig beschenkt werden und 800 Millionen Euro bei der Körperschaftssteuer einsparen, wird in der Bildung sehr zögerlich und kurzfristig vorgegangen. Beispielsweise wurden die Förderstundenpakete sehr spät freigeschaltet, was die Planung und Umsetzung an den Schulstandorten erschwert. Zusätzlich läuft dieses Kontingent am Ende des Schuljahres wieder aus.

Jetzt die Chance für mutige Reformen nutzen! Mutige Bildungsmaßnahmen und Investitionen sind dabei keine Wunschträumerei, sondern reale Prioritätensetzung, das zeigt der Blick in andere europäische Länder. „Statt die Krise für einen Neustart in der Bildungspolitik zu nutzen, den Reformstau ehrlich anzugehen und die Bedarfe der Schulen und Schüler:innen ernst zu nehmen, herrscht Mutlosigkeit und Kleinklein in der Schulpolitik.“ Während Österreich kaum auf die Folgen der COVID-19-Pandemie budgetär reagiert hat, haben andere europäische Länder (aber auch OECD-Staaten, wie die USA oder UK) im vergangenen Jahr umfassende „Catch-Up“ Programme auf den Weg gebracht. Das deutsche Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" stellt beispielsweise insgesamt zwei Milliarden Euro für die Jahre 2021 und 2022 zur Verfügung. Mit rund einer Milliarde Euro werden Angebote gesetzt, die schnell bei Kindern, Jugendlichen und Familien ankommen sollen.

Auch die Niederlande haben ein Nationales Bildungsprogramm aufgelegt, das mit einem Budget von 8,5 Milliarden Euro ausgestattet wurde. Es richtet sich an den gesamten Bildungsbereich, wobei Schulen, die mehr Schüler:innen aus soziökonomisch schwächeren Haushalten aufweisen, proportional auch mehr Geld erhalten. Ergänzend bietet das Nationale Bildungsprogramm für Schulen die Möglichkeit, zusätzliches Unterstützungspersonal einstellen, um Lehrer:innen zu entlasten und deren Fokus auf den regulären Unterricht zu sichern.

Im aktuellen Schuljahr 2021/22 geben die Niederlande damit durchschnittlich rund 700 Euro pro Schüler:in für das Aufholen von Lernrückständen und zur Bekämpfung der Folgen der Covid-19-Pandemie aus. Das ist 7-mal mehr als in Österreich im gleichen Zeitraum ausgegeben wird (rund 100 Euro pro Schüler:in). Auch in Deutschland sind die durchschnittlichen Ausgaben immer noch doppelt so hoch wie in Österreich.



Aktuelle Sicherheitsmaßnahmen in den Schulen – keine Zeit für Pädagogik

Im Budget zeigt sich der Fokus der Bundesregierung auf die Teststrategie in Schulen während der COVID-Krise, die bildungspolitische Begleitung der größten Bildungskrise ist hingegen keine Priorität.

Aktuell steigen die Infektionszahlen, viele Kinder und Jugendliche sind nicht ausreichend geschützt. Auch diese COVID-Welle wurde zu wenig vorbereitet, abermals hat das Bildungsministerium sich neben der Teststrategie, auf einen Maßnahmenkatalog verständigt, der vorsieht Klassen auf- und zuzusperren, Dinge zu erlauben und zu verbieten. Vorrusschauende Bildungspolitik im Interesse von Kindern und Jugendlichen hätte bedeutet, sich vorab zu überlegen, wie Erlebnisse und Bildungsarbeit in Zeiten hoher Infektionslagen aussehen und stattfinden können.

Sollten Schulen aufgrund des Infektionsgeschehen weitere Einschränkungen bekommen, muss klar sein, dass Distance-Learning keine Option mehr ist. Durch die lang andauernde Distanz zu Gleichaltrigen und das Fehlen von außerfamiliärem Alltag zeigen sich schwerwiegende Folgen. Viel zu viele Kinder und Jugendliche spüren schon heute die Auswirkungen der psychisch-emotionalen Belastungen auf ihre Gesundheit. Die Arbeiterkammer fordert alle Kraftanstrengungen, um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie sicher umzusetzen

Gleichzeitig müssen wir aber auch beobachten, dass die Abwicklung und Organisation der Sicherheitsmaßnahmen in den Schulen auf Kosten der pädagogischen Arbeit und der Lernzeit gehen.

Schulleitungen sind oft tagelang mit Contacttracing und Testabwicklungen beschäftigt. Diese Zeit und Energie fehlt für eigentliche Aufgabe: die pädagogische Arbeit mit ihren Schüler:innen. „Aber offene Schulen allein, kann nicht die pädagogische Antwort auf die Pandemie sein. Wir brauchen dringend administrative und organisatorische Ressourcen für Schulen, damit sich Direktor:innen und Lehrer:innen auf ihre Aufgaben konzentrieren können. Dafür ist wieder kein Geld vorgesehen!“

Die AK fordert:

+ Bildung muss budgetäre Priorität werden

Im Budget verdienen Kinder, Eltern und Lehrer:innen mehr: konkret zumindest 300 Mio mehr mit dem AK Chancenindex! Damit können zielgerichtete Maßnahmen umgesetzt werden, um jedes Kind jetzt, aber auch in Zukunft, bestmöglich zu unterstützen. Kurzfristig braucht es zusätzlich leicht administrierbare Lehrer:innenstunden, damit unverbindliche Übungen, Begabungs- und Förderstunden und ähnliches ermöglicht werden.

+ Nationaler Aktionsplan für Schulen

Mittelfristig brauchen wir im Bildungssystem einen kompletten Neustart. Das System Schule braucht nicht nur ein Update, es braucht ein vollkommen neues Betriebssystem. Ein Betriebssystem bei dem die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt stehen. Bei dem die Eltern nicht mit Bildungsarbeit zu Hause belastet werden. Und bei dem sich Lehrkräfte auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können: Kompetenzvermittlung und Sicherstellung des Bildungserfolgs ihrer Schüler:innen. Statt dem Kleinklein muss ein nationaler Schulterschluss für die besten Schulen auf die Beine gestellt werden. Es braucht einen Nationalen Aktionsplan für Schulen!

+ Kindergärten als erste Bildungseinrichtung stärken

Wir brauchen eine Ausbauoffensive und bessere Rahmenbedingungen in der Elementarbildung: Konkret bedeutet das: Eine Milliarde Euro mehr pro Jahr. Hier unterstützt die AK die Elementarpädagog:innen in ihren Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Qualität in der Betreuung.

+ Zeit für Kinder und Jugendliche statt Bürokratie

Die Teststrategie ist ein wichtiger Bestandteil des sicheren Schulbetriebs während der Pandemie. Damit Lehrkräfte und Schulleitungen sich um die zentrale Bildungsarbeit kümmern können, müssen sie von der Administration der COVID-Maßnahmen weitgehend entlastet werden. Pro Schulstandort braucht es eine Vollzeitstelle für die Administration während der COVID-Maßnahmen. Wen Schulen hier als kurzfristige Unterstützung gut integrieren können, soll in Absprache mit den Schulleitungen organisiert werden.

+ Weder Normalbetrieb noch Distance-Learning

Für die kommenden Schulmonate muss Schule verlässlich und sicher geplant werden, Distance-Learning und Homeschooling sind keine Option mehr. Die Bundesregierung muss die Ressourcen und Rahmenbedingungen schaffen, damit die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in diesem COVID-Schuljahr im Fokus stehen können.



AK.AT/FÜRDICH

GERECHTIGKEIT #FÜRDICH

Die Arbeiterkammer ist deine Stimme
für mehr Kinderbetreuungsplätze und den
Ausbau von Ganztagschulen.